

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

19.05.2017

Verbesserungen voranbringen

Ereignisreiche Wochen mit zahlreichen Wahlentscheidungen liegen hinter uns. In Frankreich hat die ganz überwiegende Mehrheit der Franzosen Emmanuel Macron zum Präsidenten gewählt. Wir freuen uns darüber, dass ihn seine erste Auslandsreise nach Deutschland geführt hat. Das belegt eindrucksvoll die enge partnerschaftliche Verbundenheit unserer beiden Länder. Wir sind im Interesse der deutsch-französischen Freundschaft und des Wohlergehens der EU zu einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit ihm bereit. Nur mit einem starken deutsch-französischen Tandem wird es uns gelingen, die EU zu erneuern und voranzubringen.

Bei uns in Deutschland ist die Union auch aus den Wahlen in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen jeweils als stärkste politische Kraft hervorgegangen. Wir fühlen uns durch diese Ergebnisse bestätigt. Wir haben auf die richtigen Themen und auf gute, überzeugende Kandidaten gesetzt. Die CDU hat vor allem über Schulen, Straßen und Sicherheit gesprochen. Das sind die Themen, die die Menschen beschäftigen.

Bürger erwarten von ihren politisch Verantwortlichen, dass sie ihre Wünsche und aktuelle Herausforderungen erkennen, Lösungen erarbeiten und diese dann auch in die Tat umsetzen. Mit der Reform der Bund-Länder-Finanzen, den Gesetzen zur Betriebsrente und den Netzentgelten sowie den zahlreichen Vorhaben im Bereich Innen und Recht stehen uns noch intensive Beratungen bevor. Gute Ergebnisse sind kein Selbstläufer, sondern müssen in harter, kontinuierlicher Arbeit immer wieder aufs Neue erarbeitet werden.

In diesem Sinne werden wir weiter mit voller Kraft Verbesserung voranbringen – z.B. bei der inneren Sicherheit in unserem Land. Die Landtagswahlen haben gezeigt, dass mit uns die Hoffnung auf mehr Sicherheit verbunden wird. Wir senken daher in dieser Woche u.a. die Hürden zur Durchsetzung der Ausreisepflicht für Ausländer, die nicht freiwillig ausreisen. Das ist nicht nur, aber auch ein Thema der inneren Sicherheit, denn es wird insbeson-

dere die Abschiebung jener ausreisepflichtigen Ausländer erleichtert, von denen Sicherheitsgefahren ausgehen. Sie können zukünftig nicht nur leichter in Abschiebehaft genommen, sondern auch elektronisch überwacht werden. Fehlen Pässe zur Identitätsfeststellung, kann das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zukünftig Mobiltelefone von Asylsuchenden auslesen. Damit geben wir den Behörden eine wichtige Befugnis an die Hand.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Ausbildungssituation unserer jungen Generation. Und die Chancen auf eine gute und interessante Ausbildung verbessern sich für Jugendliche weiter zusehends. Dies geht aus dem im April verabschiedeten Berufsbildungsbericht der Bundesregierung hervor. Im Jahr 2016 stieg die Zahl der Berufsausbildungsstellen zum dritten Mal in Folge auf nun 546.900 und übersteigt damit leicht die Zahl an Bewerbern. Die zentrale Herausforderung liegt weiterhin darin, Angebot und Nachfrage passgenau aufeinander abzustimmen, damit möglichst wenige Ausbildungsstellen unbesetzt bleiben.

Wir haben bereits viel erreicht. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Deutschland mit 5,7 Prozent so niedrig wie nirgendwo sonst in Europa. Zum Vergleich: die Industriationen Frankreich (23,7 Prozent), Italien (34,1 Prozent) und Großbritannien (11,9 Prozent) liegen hier weit abgeschlagen zurück, der EU-Durchschnitt liegt bei immerhin 17,2 Prozent. In den vergangenen Jahren haben wir (u.a. im Rahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung) die berufliche Bildung umfassend gestärkt. Dennoch muss das international geschätzte duale Ausbildungssystem auch künftig seine Attraktivität und Qualität an die Anforderungen des Arbeitsmarktes anpassen. Schwerpunkte sind vor allem die Einbindung der Digitalisierung, das Gewinnen kleinerer und mittlerer Unternehmen (KMU) für die Ausbildung und der Ausbau individueller Förderung.

Digitale Infrastruktur stärken

"Der Leidensdruck im Mittelstand steigt. Es ist ein Alarm-signal, dass die Innovationstätigkeit seit einigen Jahren abnimmt", sagte Hans-Toni Junius, Vorsitzender des Mittelstandsausschusses des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), am Mittwoch in Berlin. Vor allem gelte es, die Investitionen in die digitale Infrastruktur zu stärken. Im jüngsten Vergleich der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) lag Deutschland beim Glasfaserausbau nur auf Platz 28 von 32. Junius: "Der Mittelstand benötigt für die Digitalisierung wirtschaftspolitische Unterstützung: leistungsfähige Netze, passende Regeln und konkrete Hilfsangebote. Wer das schafft, trägt zu dauerhafter Beschäftigung, sicherem Einkommen und Wohlstand in der Breite bei." Am meisten leide der Mittelstand unter der Regulierungslast. Ziel müsse es sein, die Bürokratie einzudämmen. "Die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands steigt, wenn bürokratische Lasten sinken. Wer hier anpackt, bringt den Mittelstand spürbar nach vorn und sichert Arbeitsplätze", erklärte Junius.

Steuerlast tragen

Deutschlands starke Schultern tragen mehr als schwache. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln in seiner neuesten Untersuchung. Die Verteilung der Steuerlast in Deutschland zeigt, dass die zehn Prozent der Haushalte mit den höchsten Einkommen fast die Hälfte des gesamten Aufkommens der Einkommensteuer zahlen. Während rund 2,7 Millionen Erwerbstätige keine Einkommensteuer zahlen, da ihr Arbeitsverdienst zu gering ist, sind rund 4,2 Millionen Personen vom Spitzensteuersatz in Höhe von 42 Prozent betroffen. Zu beachten ist, dass die Haushalte mit sehr hohen Einkommen nicht vollständig in den Daten repräsentiert sind und somit der Anteil noch höher ausfallen dürfte.

Urlaub in Deutschland ist beliebt

Der Tourismus in Deutschland boomt: Die Zahl der Übernachtungen ist 2016 um zehn Prozent gegenüber 2012 gestiegen - auf mehr als 447 Millionen. Das geht aus dem Tourismuspolitischen Bericht der 18. Legislaturperiode hervor, den das Bundeskabinett beschlossen hat. Die Tourismuswirtschaft soll die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der klein- und mittelständisch geprägten deutschen Tourismuswirtschaft weiter stärken. Auch der Deutschland-Tourismus hat sich positiv entwickelt. So ist die Zahl der Übernachtungen deutscher und ausländischer Touristen in den vergangenen Jahren weiter gestiegen. Mit mehr als 447 Millionen Übernachtungen verzeichnete das Jahr 2016 erneut einen Rekord - den sieb-

ten in Folge. Immer beliebter ist Deutschland für Reisende aus dem Ausland. 2016 wurde erstmals die Marke von 80 Millionen Übernachtungen ausländischer Gäste überschritten. Doch auch Deutsche verbringen ihren Urlaub immer häufiger im eigenen Land. Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Übernachtungen deutscher Touristen um drei Prozent gegenüber 2015.

Bildung mit Erasmus

Seit 30 Jahren gibt es das erfolgreiche Austausch- und Bildungsprogramm der EU „Erasmus“, inzwischen zu „Erasmus+“ weiterentwickelt. Gut neun Millionen Menschen haben in dieser Zeit ihre Erfahrungen damit gemacht: Studierende, Auszubildende, Freiwillige, Lehrkräfte und Betreuer. Sie alle bilden die „Generation Erasmus“, für die die EU -Kommission nun ein neues Internetportal eingerichtet hat. Es soll virtueller Treffpunkt zum Erfahrungsaustausch, zum Aufbau von Netzwerken und zur Diskussion über die Weiterentwicklung von Erasmus+ nach dem Jahr 2020 sein. Die Webseite informiert über unterschiedliche Programme. Es können zum Beispiel Tipps zu Erasmus+ geteilt, Diskussionsgruppen eingerichtet, Veranstaltungen geplant und Abstimmungen über bestimmte Vorschläge abgehalten werden. <http://app.wetipp.com/erasmusplusgeneration/wall/>

Ruhestand besser als gedacht

Die Lebensverhältnisse älterer Menschen sind oft mit der Sorge um eine mögliche drohende Altersarmut belastet. Doch den Deutschen geht es im hohen Alter besser als gedacht. Das zeigt sich an dem durchschnittlich starkem Zuwachs des Realeinkommens der Ruheständler. Im Ergebnis hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln festgestellt, dass ältere Menschen im Ruhestand besser dastehen. Während sich im Jahr 1984 mehr als 31 Prozent der Menschen ab 65 Jahren im unteren Einkommensfünftel der Gesamtbevölkerung bewegte, waren es 2014 lediglich rund 19 Prozent. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich ihre Zugehörigkeit im obersten Einkommensfünftel von 12 auf 14 Prozent. Verantwortlich dafür ist ein Anstieg des Realeinkommens der 65-74-Jährigen seit den 80er Jahren von rund 52 Prozent. Dieser Umstand hängt u.a. mit ergänzenden Alterseinkommen, mit der Verteilung der Einkommen im Haushalt sowie mit der Haushaltszusammensetzung zusammen.

Zitat

„Ein Minister stellt keine Bedingungen, weder an den Premierminister, noch an den Staatspräsidenten.“ (Christophe Castaner, Sprecher der neuen französischen Regierung, am Donnerstag in Paris auf die Frage zu möglichen Forderungen des Umweltministers Nicolas Hulot, der ein bekannter Umweltaktivist und Filmmacher ist.)